

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2 Reichsmark, voraus zahlbar. Unter Streifenband im In- und Ausland 2,50 Reichsmark pro Monat.

Der 'Vorwärts' mit den illustrierten Sonntagsbeilagen 'Volk und Zeit' sowie den Beilagen 'Unterhaltung und Wissen', 'Aus der Welt', 'Krautkammer', 'Der Kinderfreund', 'Jugend-Vorwärts', 'Bild in die Arbeiterwelt' und 'Kulturarbeit' erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Montag
7. November 1927
10 Pfennig

Die einseitige Konvaleszenz 80 Pfennig, Reklamazeile 6.— Reichsmark. 'Kleine Anzeigen' das feilgekaufte Wort 25 Pfennig (wöchentlich zweimal). 'Kleine Anzeigen' jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stellungsanzeigen das erste Wort 13 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Reichsmark Reile 60 Pfennig, Familienanzeigen für Abonnentenzeile 40 Pfennig. Konvaleszenz im Hauptgeschäft Lindenstraße 2, wochentag, von 9 bis 17 Uhr.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Druckerei: Dönhofs 292-297, Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 37536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wallstr. 65. Diskontokonto-Gesellschaft, Postfach 11, Lindenstr. 3

Wahlsiege in Oldenburg.

Großer Stimmengewinn für die Sozialdemokratie. — Zertrümmerte Rechtsmehrheiten.

Oldenburg, 7. November. (Eigenbericht.)

Die Kommunalwahlen, die gestern in den meisten Städten und Gemeinden des Freistaates Oldenburg stattfanden, brachten der Sozialdemokratie durchweg schöne Erfolge. In Oldenburg, wo auch die Demokraten ihre Mandate behaupten konnten, tritt der Vorkurs besonders stark hervor. Die Mehrheit, die der Rechtsblock bisher im Stadtrat hatte, wurde hier gebrochen. Die Sozialdemokratie konnte ihre Stimmenzahl rund um die Hälfte, ihre Mandate um 2 auf 10 erhöhen, während die Einheitsliste der Deutschen Nationalen und der Volksparteier fünf Mandate verlor und nur noch über 15 statt bisher 20 Sitze verfügt. In Delmenhorst gewann die Sozialdemokratie zwei Sitze und hat allein die Hälfte der Mandate, während die Bürgerlichen, die bisher 18 Sitze innehatten, jetzt mit 15 in der Minderheit bleiben; ein Mandat fällt wie bisher den Kommunisten zu. In Rüstingen ist die bisher aus 14 Sitzen bestehende sozialdemokratische Mehrheit um weitere zwei Mandate verstärkt worden. Sie verfügt damit über 16 von 26 Mandaten.

Die Oldenburger Kommunalwahlen bestätigen also den Eindruck des unaufhaltsamen Vormarsches der Sozialdemokratischen Partei, wie er sich vor wenigen Wochen im Unterelbegebiet und in Ostpreußen gezeigt hat. Die Wähler geben dem Bürgerblock, der seine Versprechungen so schüddig gebrochen hat, die verdiente Luittung. Die Oldenburger Erfolge werden die Schlagkraft der Parteiorganisation im ganzen Lande stärken und zu neuen Kämpfen anspornen.

In den einzelnen Städten ist das Bild überall etwa gleich. Die bürgerlichen Listen verlieren, die dadurch besonders schwer wirken, daß die Wahlbeteiligung in den größeren Städten eine wesentlich stärkere war als bei den letzten Wahlen 1924.

Stadt Oldenburg.

Der neue Stadtrat setzt sich im Vergleich zu dem früheren folgendermaßen zusammen:

	jetzt	bisher
Sozialdemokraten	10	8
Einheitsliste	15	20
Nationalistische	1	1
Demokraten	7	7
Zentrum	1	1
Steuerzahlerklub	3	0
Kommunisten	2	2

Dazu treten noch als Vertreter von Landgemeinden ein Vertreter der Gemeinschaftsliste und ein Vertreter der Landbundsliste.

Die bisher für Oldenburg vorliegenden Stimmenergebnisse ergaben zunächst eine wesentlich stärkere Wahlbeteiligung. Es wurden 22 203 Stimmen gezählt gegen 17 844 bei der letzten Wahl. Die Wahlbeteiligung betrug 64 Prozent. Die abgegebenen Stimmen verteilen sich folgendermaßen:

	1927	1924
Sozialdemokraten	5 176 Stimmen	3 673 Stimmen
Einheitsliste (Deutsche Volkspartei, Deutsche Volkspartei, Stahlhelm und Handwerk)	8 208	8 414
Hilfsbewegung	914	729
Demokraten	8 988	8 258
Zentrum	974	779
Steuerzahlerklub	1 642	—
Kommunisten	1 278	900

Rüstingen.

In Rüstingen wurden 4 000 Stimmen mehr abgegeben als bei der letzten Wahl und zwar:

	1927	1924
Sozialdemokraten	12 673	9 305
Bürgerliche Einheitsliste	7 083	7 684
Sozialnationalistische Liste	1 044	863
Volkspartei (Spartak)	460	—
Kommunisten	1 493	797

Sozialdemokraten erhalten 16 Sitze bisher 14
Bürgerliche Einheitsliste 8 " 10
Sozialnationalistische Liste 1 Sit 1
Volkspartei 0 " 0
Kommunisten 1 " 1

In den kleineren Orten, wo infolge von Veränderungen bei der Aufstellung von Listen die Stimmenergebnisse der Bürgerlichen nicht durchweg mit denen früherer Jahre vergleichbar sind, ist folgender Wahlausgang zu verzeichnen:

	1927	1924
Sozialdemokraten	6 000 Stimmen, 16 Sitze, bisher 12	
Kommunisten	585	1 Sit, 1
Bürgerliche Einheitsliste	5 841	15 Sit, 18

In Nordenham erhielten:

Sozialdemokraten	2 279 Stimmen, 9 Sitze, bisher 9	
Bürgerliche Einheitsliste	2 192	9 " 8
Kommunisten	237	0 " 1

In der Stadt Jever entfielen auf:

Sozialdemokraten	512 Stimmen, 4 Sitze	
Beamtenliste	444	2 " 2
Wirtschaftsliste	844	8 " 8
Bürgerliche Liste	121	1 Sit, 1
Unpolitische Bürgerliste	402	2 Sitze, 2
Dieter	78	0 " 0

Wahlbeteiligung 80 Prozent.

In der Stadt Barel entfielen auf:

Sozialdemokraten	1 006 Stimmen, 6 Sitze, bisher 5	
Bürgerliche Einheitsliste	1 106	7 " 10
Demokraten	444	2 " 2
Angestellte	206	1 Sit, 0
Kommunisten	385	2 Sitze, 1
Volkrechtspartei	128	0 " 0

Wahlerfolge auch in Mecklenburg.

Nach den bisher vorliegenden Ergebnissen der Kommunalwahlen, die gestern in einigen mecklenburgischen Städten stattfanden, hat auch dort die Sozialdemokratie eine Anzahl von Mandaten erobert.

Zusammentritt des Landtages.

Plenarsitzung am kommenden Montag.

Der Preussische Landtag tritt am kommenden Montag, dem 14. November, 13 Uhr, wieder zu einer Plenarsitzung zusammen. Die jetzt vorliegende Tagesordnung stellt fest, daß die für diesen Tag in Aussicht genommene zweite Beratung des preussischen Besoldungsgesetzentwurfes voraussichtlich nicht stattfinden könne, da die Beratungen des Hauptausschusses bis dahin nicht abgeschlossen sein werden. Es kommen daher nur kleinere Vorlagen zur Beratung.

Die Wahlsparole der Reaktion.

Bereuigung des Bürgerblocks!

Der deutschnationale Führer Graf Westarp hat in Birmansleben eine Rede gehalten, die sich gegen die den Wahlskampf einleitende Rede des Reichskanzlers Dr. Marx in Essen wandte. Es läge nahe, daß der Bürgerblock sich durch die Wahlen die Fortsetzung seiner Arbeit zu sichern suche. Marx aber habe erklärt: „Ein Aufruf zum gemeinsamen Kampf der bürgerlichen Parteien gegen die Linke werde im Zentrum keinen Anklang finden.“

Graf Westarp erklärte dazu wörtlich:

„Wir müssen uns als rechte Flügelpartei und infolge unserer grundsätzlichen Auffassungen bei der kommenden Wahl anderer Aufgaben als das Zentrum stellen. Wir sind der Meinung, daß, wie die Erfahrungen der letzten Jahre bestätigen, die Mitte nur mit uns und nicht mit der Sozialdemokratie feste Regierungsverhältnisse schaffen kann, wie sie sich in der ruhigen, politisch vernünftigen und erfolgreichen Arbeit der jetzigen Koalition bewährt haben. Deren Erfolge würden noch bessere und gesicherte sein, wenn sie nicht durch die sozialdemokratische Vorherrschaft in einzelnen Ländern, insbesondere in Preußen, dauernd gestört und gefährdet würden.“

Wir lehnen auch den Gedanken ab, daß man den deutschen Arbeiter durch Entgegenkommen gegen die Sozialdemokratie in die verantwortungsvolle Mitarbeit am Staat und in die Volksgemeinschaft hineinführen könne.

Die sozialdemokratischen Handarbeiter, die übrigens an Zahl geringer sind als die Arbeiterwähler der Regierungsparteien, können dauernd für den Staat und die dem ganzen Volke gemeinsamen nationalen Interessen nicht mit den marxistischen Parteien, sondern nur gegen sie gewonnen werden.“

Die Wahlsparole der Reaktion lautet: Die Sozialdemokratie, die Massenpartei der deutschen Arbeiterschaft, soll für immer von der Regierung ausgeschlossen, der Bürgerblock vereinnahmt werden!

Die Sozialdemokratie nimmt den Kampf auf. Die Antwort an die Reaktion heißt:

Werb für die Sozialdemokratie!

Proletarier aller Länder...!

Die Tragödie der Spaltung.

Von Carl Anton.

„Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“ — dieser Kampf der internationalen sozialistischen Bewegung ist vor einigen Wochen achtzig Jahre alt geworden. Zum ersten Male stand er als Motto im ersten und einzigen Heft der „Kommunistischen Zeitschrift“, die im September 1847 in London in deutscher Sprache erschien. Achtzig Jahre! Der Ruf an die Proletarier aller Länder ist genau so alt wie — Hindenburg, und wenn es möglich war, daß 80 Jahre, nachdem dieser Ruf zum erstenmal erklang, der alte Feldmarschall des kaiserlichen Deutschland seinen achtzigsten Geburtstag, als Präsident der deutschen Republik, feierte, so trägt daran der Umstand schuld, daß die deutschen Proletarier immer noch nicht in vollem Maße diesem Rufe Folge geleistet haben und daß wir heute sogar mehr als früher gespalten sind. Wäre die gesamte deutsche Arbeiterschaft zu einer Partei zusammengeschlossen, dann hätte sie schon jetzt die Macht in der deutschen Republik erobert und diese Republik zum Arbeiterstaat ausgestaltet können. Jetzt steht die stärkste Arbeiterpartei in der Opposition gegen die bürgerliche Reaktion, die mit Hilfe der für die bürgerlichen Parteien (Zentrum, Deutschnationale) abgegebenen Arbeiterstimmen regiert, während die andere Arbeiterpartei durch ihren Kampf gegen die Mehrheit der organisierten Arbeiterschaft dieser bürgerlichen Reaktion Hilfsdienste leistet. „Proletarier, wolle ihr frei werden, so erhebt euch aus eurem Schlaf und schließt euch fest aneinander!“ — wie vor achtzig Jahren ist dieser Ruf der „Kommunistischen Zeitschrift“ heute noch am Platze. „Proletarier aller Länder“ das heißt auch: „Proletarier jedes Landes — und heute heißt es vor allem: Sozialistische Proletarier jedes Landes, vereinigt euch!“

Wäre die gesamte deutsche Arbeiterschaft zu einer Partei zusammengeschlossen, dann hätte diese Partei die Mehrheit des Volkes hinter sich gehabt. Die Entwicklung der Sozialdemokratie vor dem Kriege hat gelehrt, daß, je vollständiger sie die Arbeiterschaft umfaßte, um so mehr ihre Anziehungskraft auch über die Grenzen der Arbeiterschaft hinausreichte. Bei den letzten Wahlen vor dem Kriege im Jahre 1912 hat die Sozialdemokratie schon die Mehrheit der großstädtischen Bevölkerung hinter sich gehabt. In den Städten mit 100 000 und mehr Einwohnern hatte sie 55 Proz. aller Stimmen, in den Städten mit 10 000 bis 100 000 Einwohnern 43 Proz., in den Ortschaften mit 2000 bis 10 000 Einwohnern 36 Proz. und in den Ortschaften mit weniger als 2000 Einwohnern nur 19 Proz. In den großen Sammelpunkten der proletarischen Bevölkerung und namentlich in den evangelischen Teilen Deutschlands wurde die Sozialdemokratie allmählich zur einzigen Partei von Bedeutung, eine Entwicklung, die übrigens durch das alte Wahlsystem begünstigt wurde. Nahezu 60 Proz. aller Stimmen erlangte die Partei in Leipzig, Kiel und Mannheim. Ueber 60 Proz. in Braunschweig, Nürnberg, Chemnitz, Hamburg, Altona, 75 Proz. in Berlin, darunter 80 Proz. im Wahlkreis 6 („äußere Stadt, Nord und Nordwest“) und etwa 83 Proz. im Wahlkreis 4 („äußere Stadt Ost“), den höchsten prozentualen Anteil mit 83,7 Proz. hatte die Sozialdemokratie in Reutlingen. Das war schon mehr, als es überhaupt Arbeiterstimmen gab. Der Weg war klar vorgezeichnet. Ueber die Vereinigung der gesamten Arbeiterschaft zur Mehrheit im Staat. Jetzt müssen wir noch eine Etappe durchmachen: über die Vereinigung der sozialistischen zur Vereinigung der gesamten Arbeiterschaft.

Besonders traurig tritt die ganze Tragödie der Spaltung heute in Erscheinung, wo die organisierte Arbeiterschaft vor der Möglichkeit eines gemaltigen Schrittes auf dem Wege zur Macht steht. Ohne Zweifel bieten die bevorstehenden Reichstagswahlen diese Möglichkeit. Nach dem schweren Rückschlag befindet sich unsere Partei seit 1924 in gewaltigem Aufstieg. Die letzten Reichstagswahlen (im Dezember 1924) haben gezeigt, daß die Gesamtheit der sozialistischen Stimmen, d. h. die sozialdemokratischen und kommunistischen Stimmen zusammen, zwar in den Großstädten prozentuell erheblich unter der Zahl der sozialdemokratischen Stimmen bei den Wahlen von 1912 blieb, auf dem Lande dagegen und in der großen Anzahl katholischer Bezirke stark zugenommen hat. Seitdem haben verschiedene Landtags- und Kommunalwahlen gezeigt, daß die Sozialdemokratie ihre alten Positionen in den Großstädten und industriellen Bezirken rasch zurückerobert und die neugewonnenen besetzt und erweitert. Die genaue Untersuchung und vorläufige Abschätzung aller Wahlergebnisse der letzten zwei Jahre läßt folgendes feststellen: Es besteht eine große Wahrscheinlichkeit, daß bei den nächsten Wahlen unsere Partei allein mehr als 30 Proz., mit den Kommunisten zusammen nicht weniger als 40 Proz. aller Stimmen bekommen wird. Das bedeutet, daß, wenn die Spaltung überwunden wäre und die Sozialdemokratie wiederum als einzige Arbeiterpartei im Wahlskampf aufmarschierte, sie noch mehr, vielleicht über 45 Proz. aller Stimmen bekommen könnte, weil die Anziehungskraft der sozialistischen Bewegung durch ihre Einheit gewaltig gestärkt wird. Dann wäre es keine utopische Politik gewesen, als praktisches Ziel für die allernächste Zukunft die Eroberung

der Mehrheit und damit der Macht durch die Sozialdemokratie aufzustellen.

Durch die letzten Wahlen in Altona, Hamburg und Königsberg wird der große Ernst der Lage in helles Licht gerückt. Betrachten wir Hamburg, wo eine bedeutend größere Zahl von Wählern vorhanden ist und wo keine Nebenerscheinungen den Vergleich mit früheren Wahlen erschweren, so dürfen wir zunächst feststellen, daß dort der prozentuale Anteil der sozialistischen Stimmen schon nicht mehr erheblich hinter den letzten Wahlen vor dem Kriege zurückbleibt. Die Sozialdemokraten haben diesmal im Stadtgebiet 38,1 Proz. und die Kommunisten 17,5 Proz. der Stimmen erhalten, d. h. beide Parteien zusammen 55,6 Proz., während die Sozialdemokratie bei den Wahlen 1912 im Stadtgebiet von Hamburg 62,3 Proz. aller Stimmen erhielt. Damals wählten aber nur die Männer, während jetzt auch die Frauen wählen und die Stimmen der Männer und Frauen zusammengezählt werden. Bekanntlich wählen weniger Frauen als Männer sozialistisch und namentlich kommunistisch, so daß man annehmen darf, daß bei den letzten Wahlen die Sozialdemokraten und Kommunisten zusammen etwa 60 Proz. oder nur wenig unter 60 Proz. aller männlichen Stimmen bekamen, gegenüber 62 Proz. im Jahre 1912, während im Dezember 1924 die beiden Parteien nur 46,5 Proz. aller und wahrscheinlich rund die Hälfte der männlichen Stimmen erhielten. Jetzt hat Hamburg, wie Berlin schon seit zwei Jahren, eine sozialistische Mehrheit, die aber nicht voll ausgemerzt werden kann, weil zu dieser Mehrheit auch die Kommunisten gehören. Was es aber bedeutet hätte, wenn man in Hamburg, das, wie Wien, nicht nur eine Großstadt, sondern auch ein Land ist, die sozialistische Majorität praktisch zum Wohl der arbeitenden Bevölkerung hätte auswerten können, das lernen wir aus den Erfahrungen der sozialdemokratischen kommunalen Wirtschaft in Wien. Eine solche Wirtschaft ist nicht nur ihren greifbaren Resultaten nach an und für sich wertvoll, sie ist auch das beste Propagandamittel für den Sozialismus und für die Sozialdemokratie. Uns dagegen sind die Möglichkeiten, die unsere Genossen in Wien haben, infolge der Spaltung verfallen.

Die Kommunalwahlen im Unterelbegebiet und die Bürgerstimmwahlen in Hamburg haben uns schöne Wahlsiege gebracht, nicht aber das, was uns am erfreulichsten wäre: kein Zeugnis dafür, daß die Einigkeit des Proletariats einen Schritt vorwärts getan hat, sondern im Gegenteil ein Zeugnis dafür, daß die Spaltung noch immer tief ist und sich gewissermaßen vertieft. Auch die Kommunisten haben nicht unbedeutende Erfolge gehabt. Sie haben zwar an absoluter Zahl bedeutend weniger zugenommen als wir, im Verhältnis zu ihrer Stärke aber sogar ein wenig mehr als wir im Verhältnis zu der unseren. Gewiß haben sie ihre Stärke vom Mai 1924 noch nicht erreicht und werden sie wahrscheinlich nicht erreichen; gewiß sind Hamburg und Altona in mancher Hinsicht nicht typisch, und in anderen Gebieten, z. B. in Mecklenburg, befinden sich die Kommunisten deutlich auf der absteigenden Linie. Die Sozialdemokratie ist in ihrem Bestand von kommunistischer Seite nicht mehr im geringsten bedroht. Sie wird aber an der Entfaltung ihrer Anziehungskraft und am Wachstum ihrer Macht dadurch gehemmt, daß die Kommunisten einen beträchtlichen Teil der Arbeiterchaft als Wähler behalten. Trotz aller Spaltungen, aller Abfägung der Führergarnituren und Ausschüsse, trotz aller organisatorischen und moralischen Zersetzung verschwinden die Kommunisten nicht von selbst; sie befestigen sogar ihren Einfluß auf einen Teil der Arbeiterchaft. Daraus muß man schließen, daß in den Reihen der Arbeiterchaft und — nicht zu vergessen — der sozialistischen gesinnten Arbeiterchaft gewisse politische Bedürfnisse existieren, die durch unsere Tätigkeit unbefriedigt bleiben. Dann stellt sich die Frage, ob wir nicht, ohne auf unsere positive Arbeit für das Wohl des arbeitenden Volkes zu verzichten, auch diesen Bedürfnisse gerecht werden können? Wir haben vielleicht das Gefühlsmäßige manchmal ver-

nachlässigt und nicht immer verstanden, den berechtigten Gefühlen, dem Zorn und den Leidenschaften der Massen in unserem Auftreten einen genügenden Ausdruck zu geben. Immer mehr spüren wir in unseren Organisationen ein neues reges Leben. Wir müssen alles Lebendige bei uns fördern und unermüdet an der Vertiefung und Vergeistigung unserer Bewegung arbeiten, aber auch diesem neuen Leben, dem geistigen Ringen in unseren Reihen, unseren ideellen Bestrebungen, der Treue unserer Alten und dem Schwung unserer prachtvollen Jugend mehr als bisher die Möglichkeit geben, nach außen zu wirken. Wir dürfen nicht zu bescheiden und zurückhaltend bei den Berichten über unsere Leistungen sein und vielmehr für die Popularisierung dieser Leistungen sorgen. Ueber jeden kleinen Fehler, den wir begehen, schreiben alle unsere Gegner, unseren größten Verdiensten mühten wir selbst erst Anerkennung verschaffen. Klar soll vor aller Augen das Große stehen, das durch unseren Kampf erreicht, klar aber auch das, was durch den Kampf der vereinigten Proletarier jedes Landes und aller Länder zu erreichen ist. Wieder und wieder müssen wir an die Arbeiterchaft den Ruf zur Einigkeit richten: „Proletarier, wolle Ihr frei werden, so erhebt euch aus eurem Schlaf und schließt euch fest aneinander!“

Selbst die katholischen Arbeiter. Mit der Bürgerblockpolitik unzufrieden.

Essen, 7. November.
In Essen-Borbeck sprach auf der Herbst-Delegiertenversammlung der katholischen Arbeiter- und Knappenvereine der Bergarbeiterführer Abgeordneter Imbusch über das Thema „Arbeiter und sozialer Volkstaat“. Als Niederschlag der Bestrebungen wurde eine Entschließung angenommen, in der es u. a. heißt: Die Vertreter der katholischen Arbeiterchaft Essen legen erneut das Bestreben zum sozialen und demokratischen Volkstaat ab, wie er in der deutschen Reichsverfassung verankert ist. Die Delegierten fordern volle Gleichberechtigung der Arbeiter in Staat und Wirtschaft. Die Delegierten rufen zur energischen Abwehr gegen den Ansturm der Reaktion auf. Leitmotiv jeder Staats- und Wirtschaftspolitik müsse die soziale Gerechtigkeit sein:

„Weshalb verlangen wir in erster Linie Schutz für die wirtschaftlich Schwachen, eine von sozialem Geist getragene Wirtschafts- und Steuerpolitik, sowie eine entschlossene Fortsetzung der Sozialpolitik. Der Delegiertenrat erkennt die Notwendigkeit einer gerechten Befolgung der öffentlichen Beamten an, soweit Wirtschaft und Staat sie tragen können, bemängelt aber, daß gegenüber der geplanten Befolgungsreform, die eine jährliche Mehrbelastung der Volksgemeinschaft von jährlich 1,5 Milliarden mit sich bringt, die Grundzüge der sozialen Gerechtigkeit anderen sozial bedrängten Kreisen gegenüber nicht genügend gewahrt werden. Der notleidenden Arbeiterchaft muß in erster Linie Gerechtigkeit widerfahren. Am brennendsten ist gegenwärtig für die Arbeiterchaft die Lohnfrage. Die jetzigen Löhne reichen zum Lebensunterhalt bei weitem nicht aus, darum fordern wir eine erhebliche Steigerung des Reallohnes und eine besondere Berücksichtigung der im Lohn stark zurückgebliebenen Gruppen.“

Die katholischen Arbeitervereine stehen zu den christlichen Gewerkschaften noch in einer gewissen Reserve. Wenn sie dennoch ihrer Unzufriedenheit mit der Bürgerblockpolitik des Zentrums sich unmißverständlich Ausdruck geben, dann ist dies eine Bestätigung dafür, daß wir uns mit der Bekämpfung des Bürgerblocks auf dem besten Wege befinden.

Tierärztliche Standesehre.

Ein „Eisenbahnausschuß“ überstimmt die Preußenregierung

Der bevölkerungspolitische Ausschuss des Landtags beriet am 3. und 4. November den Entwurf eines Gesetzes über die tierärztliche Berufsvertretung (Tierärztekammer) und die tierärztlichen Landesgerichte. Der Berichterstatter Dr.

Westert (3.) führte aus, daß eine Standesvertretung für die Tierärzte ebenso notwendig sei wie für die übrigen Berufe. Der Entwurf sei daher an die Bestimmungen des Kerytelamergesetzes anzuschließen. Der Redner der Sozialdemokraten erklärte sich gegen eine besondere Standesvertretung der Akademiker, solange nicht auch andere Berufe die gleichen Rechte erhielten. Die sozialdemokratische Fraktion sei aber bereit, an dem Gesetz mitzuarbeiten. In gleichem Sinne äußerten sich auch der Redner der Demokraten und der Kommunisten.

Die Mitarbeit erwies sich aber als überflüssig, denn die Rechtsparteien hatten gut gearbeitet. Sie bildeten mit dem Zentrum eine sichere Mehrheit für alle ihre Anträge. Die Herr Dr. Westert ausplauderte, hatten sich Vertreter der drei Parteien „zufällig“ im Eisenbahnzug getroffen und dabei Einigung über ihre Anträge erzielt. „Zufällig“ waren diese Vertreter alle drei Ärzte. Sie stellten sich dabei unter die Führung der deutschnationalen Frau von Walter. An der geschlossenen Front der Rechtsparteien und des Zentrums prallten alle Einwendungen der Regierungsvertreter und der anderen Parteien ab. Nur einmal, als Frau Walter die Beseitigung des Verhältniswahlsystems aus dem Entwurf verlangte, verfiel der „Eisenbahnausschuß“ — so wurde die neue Koalition scherzhaft bezeichnet — auseinander.

Nach dem Entwurf sind die zu bildenden Tierärztekammern Körperschaften des öffentlichen Rechts mit Selbstverwaltung. Alle Bestimmungen, die eine Mitwirkung des zuständigen Ministeriums vorsehen, wurden gestrichen. Das gleiche wurde bei dem Landesgericht beschlossen. Da die Herrschaften einmal im Zuge waren, wurde auch der § 75 gestrichen, der dem Staatsministerium das Recht geben sollte, Strafen, die der Landesgerichtshof verhängt hat, im Gnadenwege zu mildern oder zu erlassen. Alles in allem ist rasche Arbeit geleistet worden. Die 92 Paragraphen wurden in zwei Sitzungen so gründlich umgeändert, daß von dem Regierungsentwurf nicht viel übrig blieb.

Was sagt der Zentrumsminister Steiger zu dieser Ministerarbeit seiner Parteifreunde?

Republikfeier in Wien.

Ringstraßenkundgebung der Arbeiterchaft.

Wien, 7. November. (Eigenbericht.)
Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Wiens ruft zu einer Kundgebung am 12. November, dem Staatsfesttag der Republik, auf. Ein gewaltiger Aufmarsch über die Ringstraße soll in Anbetracht der fortschreitenden Rüstungen und der herausfordernden Regierungspolitik für die Republik des arbeitenden Volkes demonstrieren.

Horthy-Bethlens Kossuth-Schwindel.

Gegendkundgebung in New York.

New York, 7. November.
Bei der Grundsteinlegung zu einem Kossuth-Denkmal verletzten ungarische Arbeiter Zirkulare mit der Aufschrift „Nieder mit Horthy“ zu verteilten. Während eines zeitweiligen Faustkampfes zwischen der Polizei und Demonstrierenden mußte der Senator Copeland seine Rede unterbrechen, bis die Störer entfernt waren. Sie setzten ihre Demonstrationen aus der Ferne fort.

Eine sozialdemokratische Kundgebung in Budapest gegen die Schändung des Andenkens Kossuths durch seine Reklamation für das herrschende Ungarn von heute wurde verboten.

Demokratische Kandidatenaufstellungen.

Der Parteitag der Deutschen Demokratischen Partei für den Wahlkreis Potsdam I hat auf seiner am Sonntag abgehaltenen Tagung einstimmig durch Zuruf den Chefredakteur der „Potsdamer Zeitung“, Georg Bernbard, als demokratischen Spitzenkandidaten zum Reichstag für den Wahlbezirk Potsdam I aufgestellt. — Erster Kandidat auf der Landtagsliste ist der Abg. Riedel, der bisher für den Kreis Frankfurt a. d. O. gewählt war.

Kommt eine neue geologische Epoche?

Ein Bösches Vortrag.

Die Menschheit vor großen geologischen Ereignissen, lautete das Thema, über welches Wilhelm Bösch in einer Veranstaltung der Leibniz-Hochschule im dichtgefüllten Blüthner-Saal sprach. In seiner überreichen Sprache wies er auf Stürme und Hochwasserkatastrophen, auf die erhöhte vulkanische Tätigkeit sowie auf die unheimlich vermehrten verberlichen Erdbeben hin, die als Anzeichen einer nahenden neuen geologischen Epoche angesehen werden können. Sehr verdreht ist auch die Annahme, daß wir einer ungünstigen Klimaänderung entgegensehen, daß eine neue Eiszeit die Erde und unsere gesamte Kultur bedroht. Demgegenüber betonte Bösch, daß die Menschheit den Anforderungen, die eine etwaige neue Eiszeit an sie stellen würde, durchaus gewachsen wäre. Die Eiszeit der Dissozialität, an deren letzten und schwächsten Ausgang wir selbst noch leben, war nicht durch die Vereisung weiter Gebiete gekennzeichnet, sondern vor allem auch durch Rasse, durch ein feuchtes Klima in den von der Vereisung nicht ergriffenen weit größeren wärmeren Gebieten der Erde. Aber sehr nachdrücklich hob Bösch hervor, daß alle Theorien über eine bevorstehende Eiszeit reine Phantasiegebilde ohne jeden wissenschaftlich haltbaren Untergrund sind. Freilich mag der erhöhte Vulkanismus und die erhöhte Bebenstätigkeit der Erde eine neue geologische Epoche ankündigen, in der durch neue Faltungen der Erdkruste neue Hochgebirge entstehen. Vielleicht wölbt sich ein neuer Nordamerikaner nach Ostasien empor, da ja der Meeresspiegel des Stillen Ozeans, der sich früher senkte, gegenwärtig in Hebung begriffen zu sein scheint.

Auch eine Klimaänderung würde uns dann bevorstehen, aber doch wohl nur in dem Sinne, daß das Klima sich wieder demjenigen annäherte, das vor der Dissozialen Eiszeit bestand. Dieses Klima — das lehnen alle Erfahrungen und Funde der Geologen — umgab die ganze Erde gleichmäßig mit feuchter Wärme, bei der die üppigste Vegetation gedieh. Im südlichen Frankreich und in Deutschland wuchsen Palmen aller Art, in Sibirien und an den Polen fand das Kommt reichliche Nahrung. Dieses paradiesische Klima der Tertiärzeit scheint sogar das Normalklima der Erde zu sein, das auch vor dem Tertiär schon geherrscht hat und nur durch die Eiszeit des Diluviums unterbrochen wurde. Wenn uns auch die Ursachen solchen Klimas unbekannt sind, können wir doch beim Anbruch einer neuen geologischen Epoche mit hoher Wahrscheinlichkeit seine Wiederkehr annehmen.

Die Natur ist nun ein einheitlicher Organismus, deshalb kann es sich nicht nur um eine Umgestaltung der äußeren Verhältnisse handeln, auch die geistige Verfassung der Menschheit muß sich in entsprechender Weise ändern, nicht in langsamer Entwicklung von Jahrtausenden und Jahrhunderten, sondern durch verhältnismäßig kurz-

dauernde Mutation (Änderung). Diese gewandelte Menschheit wird in ganz anderer Weise wie wir intuitiver Erkenntnisse fähig sein. Den kommenden geologischen Ereignissen kann die Menschheit also mit Ruhe entgegengehen, sie werden nicht Untergang bedeuten, sondern Aufstieg.

Gaspiet Kojette Andan. Kojette Andan, die erst vor wenigen Tagen als „Azucena im Troubadour“ Aufsehen gemacht hatte, gastierte jetzt zum zweiten Male in der Städtischen Oper, als Amneris in Verdi's „Aida“. Die Wiener Altistin ist eine Vollblutkünstlerin, wie wir deren nicht allzu viele kennen. Eine Brachstimmige von bezwingender Klangfülle, besonders in Tiefe und Mittellage ausgeglichen und registrierbar, in der Höhe leicht ein wenig haardrig zwar (was schwerlich zu befechtigen wäre), und eine Darstellung aus natürlichster Entfaltung der in der herrlichen Partie gegebenen Affekte: ein künstlerisches Ganzes also von weit überragender Wirkung und Bedeutung. Und es wäre wohl zu wünschen, daß es gelänge, die Andan zum mindesten für einen ausgiebigen Gastspielvertrag zu gewinnen. Herr Dehman sang zum ersten Male in dieser Spielzeit den Radamez; er fehlte die große Arie peinlicherweise zu tief an. Kleppie auch zunächst; später lang er sich frei und ließ im Akt an vollem Ausgubot seiner an sich schönen Stimme nichts zu wünschen übrig. Nach der darstellerischen Seite ist dieser Radamez freilich leeres Theater. Die warmblütige, stimmlich aus anjänglicher Unbesonnenheit kräftig emporgestiegene Aida der Frau Hellai könnte noch viel mehr sein, legte die Künstlerin den größten Wert auf Aussprache und Deklamation. Im übrigen nahm die von Robert Denzler im Orchester oft allzu robust gehaltene Vorstellung den Verlauf einer guten Durchschnittsaufführung.

Der Berliner Altmann-Chor, vereinigt mit dem Sängerkorps Wedding, hatte zu einem Konzert im Saalbau Friedrichshain eingeladen. Das Programm dieses Abends war besonders kunstvoll und recht gelungen aufgebaut. Es gab einen lehrberühmten über die musikalische Einstellung der Männerchöre in den letzten Jahrzehnten. Mit Vinzenz Bodner etwas pathetischer „Hymne an die Musik“ begann die Aufführung. Es folgte ein zweiter lyrischer Männerchor: Thulles „Hymne an die Nacht“. Zwei romantische Chöre und zwei Balladen schlossen sich an, darunter Hegors klanggewaltiges, viel gesungenes „Totenvolk“. Die treffliche Aufführung dieser anspruchsvollen Ballade bewies vielleicht am deutlichsten die Fähigkeiten des Chors, dessen tüchtige Sänger auch über eine ausgezeichnete musikalische Schulung verfügen. Diesen Kompositionen, die alle wenig oder mehr dem Geschmack des Westens entstammen, schlossen sich zwei mittelalterliche Volkslieder an. Die melodische Schlichtheit dieser Weisen ist nicht gealtert. Sie wirkt heute so gefühlschwer wie vor fünfzig Jahren. Der lebhafteste Beifall der Zuschauer galt dem Chor und seinem Dirigenten Siegfried Günther. Zur musikalischen Mitwirkung hatte sich der Chor Frau Professor Laura Heising-Vosant (Violine) und Professor Julius Dahle (Klavier) verschrieben, zwei Meister auf ihren Instrumenten. Stürmischer Jubel folgte ihren Darbietungen und nötigte den beiden Künstlern Zugaben ab.

Kamerastudien.

Amerika und Europa in Photographien.

Im Richtighof des Kunstgewerbemuseums sind „Kamerastudien“ von E. D. Hoppé, London, ausgestellt, die in über zweihundert Blättern die Vereinigten Staaten und Europa photographisch schildern. Beglückt erlebt man diesen geographischen Anschauungsunterricht. Liebesvoll hat Hoppé allen Landschaften ihre Charakteristisches abgemessen — obgleich er durchaus als Kunstphotograph reiste und nicht als Weltbummler. Seine Bilder sind nie wie zufällig aufgenommen, sondern immer sorgsam vor das Auge der Kamera gebracht. Aber die Ablicht, „malerische“ Photographien zu erzielen, führte, soweit man es beurteilen kann, kaum je dazu, die Eigenart einer Landschaft zu mißachten.

Der größte Teil der Bilder zeigt die Vereinigten Staaten. Hoppé hat sie kreuz und quer mit seiner Kamera durchforscht. Er stellt die ruhige Weite der Landschaft neben das Fieberfieber der Goldenen Stadt, die sonnenklare Luft Kaliforniens und der Südstaaten neben die feuchtheißere Luft der Karolinen, neben die rauchdunstige großer Fabrikkomplexe. Man sieht die Filmstadt Hollywood. Abends in einem Lichtmeer, das riesigen Filmpalästen in den verschleierten Silhouetten entströmt — bei Sonnenaufgang sehr neu, sehr mächtig. Einiges von den Wundern des Yellowstone-Parks ist im Bilde festgehalten, darunter ein phantastisch schöner Ausbruch des Old Faithful, des größten Geysirs in diesem Gebiet. Am stärksten aber zeigt die Photographie von den Niagarafällen, daß Hoppé mit den Augen eines Dichters zu sehen weiß. Wie lichter Duft flüht es über das ganze Bild, auf dem nur Andeutungen des Felsens in kleinen dunklen Flecken sichtbar werden. Es scheint ein Traum von einem Wasserfall, nicht eine Wirklichkeit.

Auch die Technik hat es Hoppé angeeignet. Er photographiert die großen Fabriken und die Silhouetten großer Fabrikschächte, die von Rauch, Schornsteinen und Gasmetern geformt werden. Aber ihn lockt hier auch das charakteristische Detail, das er mit unerhörter photographischer Kunst festzuhalten weiß. Riesige Schornsteine, die nicht parallel zueinander stehen, sondern beängstigend in der Höhe zusammenzustreben scheinen, werden in ein Bild gebannt. Ein glühender Eisenblock leuchtet gespenstisch im Däster eines Stahlhammers.

Auch aus den weissen Staaten Europas zeigt Hoppé Aufnahmen. Die Schilderung kann hier nur eine schwache Vorstellung werden. Man muß die Bilder sehen. Und das der Eintritt in diese Ausstellung (täglich von 9 bis 3 Uhr, außer Montags, geöffnet) unentgeltlich ist, so kann man sie auch sehen. L. E. Schulz.

Die Alfred-Nobel-Knecht, die Sonnabend erzählt wurde, hat — wie uns von authentischer Seite mitgeteilt wird — einen kleinen Schönheitsfehler: sie ist nicht wahr. Der Altmeister der Berliner Theaterkritik kam damals schon lange nicht mehr als Heulsteintreiber in seine Zeitung. Aber Knechtboten brauchen nicht wahr, sie müssen nur charakteristisch sein. Und auch da fehlt unserer Knecht eine Kleinigkeit. Sie hätte sonst berichten müssen, wie Al. seinen eigenen Nachruf auf doppelte unkorrigierte, nicht aus Güte, sondern in angeborener Gewissenhaftigkeit und Sachkenntnis

Deutschnationale Wandlung.

Nach dem Briefwechsel mit dem Reparationsagenten.

Einst war der Dames-Plan für die Deutschnationalen der Schrecken aller Schrecken. Hier ist das Fortissimo ihres leidenschaftlichen Protestes gegen den Dames-Plan:

„Wie ein Hund, der die Peitsche apportiert, mit der er bestraft werden soll, muß also die deutsche Wirtschaft die Mittel beibringen, um den Gläubigertaxen unter Führung der Reparationskommission eine Kapitalmacht von beispiellosem Ausmaß in die Hände zu spielen, mit der sie die gesamte deutsche Wirtschaft, soweit sie ihnen noch nicht durch die Eisenbahn und die Währung unterworfen ist, beherrschen, überfordern, vollends in die Hände des jüdisch-internationalen Großkapitals bringen können.“

Alle finanziellen und politischen Opfer, die das Gutachten uns ansinnt, fliegen in das höhle Fach des Reparationswahnsinns, dienen nur zur weiteren Verflämung, sind Erfüllungspolitik im schlimmsten Sinne des Wortes, nicht Befreiungspolitik. Das Gutachten stellt uns vor ein zweites Versailles“ (Graf Westarp in der „Kreuz-Zeitung“ am 19. April 1924.)

„Ein grauenvolleres Elend, als Deutschland durch die Zustimmung zu dem wahnwichtigen Vorschlägen auf sich laden würde, ist nicht denkbar. Ihnen gegenüber kann es nur heißen: „Lieber ein Ende mit Schrecken, als ein Schrecken ohne Ende.“ (Deutsche Tageszeitung vom 10. April 1924.)

Inzwischen haben die Deutschnationalen am 28. August 1924 dem Dames-Plan zugestimmt, haben beim Eintritt in die Regierung Rechtsgültigkeit und Verfassungsmäßigkeit der Dames-Gesetze anerkannt und bemühen sich um die loyale Durchführung.

Das Schreiben des Reparationsagenten ist eine psychologische Belastung für empfindliches Nationalgefühl, aber aus dem Fortissimo der „nationalen Opposition“ ist ein Pianissimo der Regierungspartei geworden:

„Denn bei allem Verstand, nur wirtschaftliche und finanzielle Anstände zu machen, sieht doch der scharfe Himmel und die Kritik an noch zur Beratung stehenden Gesetzesvorlagen der Reichsregierung durch P. Gilbert einem Eingriff in die Souveränität des Reiches sehr ähnlich. Die Absicht, einen Druck auf die Regelung unserer inneren Verhältnisse auszuüben, um daraus erwachsende öffentliche Aufwendungen im Interesse der Sicherheit der Reparationszahlungen zu verhindern, ist zweifellos gegeben.“ (Kreuzzeitung vom 6. November 1927.)

„Bei aller inneren Aufsehnung, die der Brief des Reparationsagenten Parker Gilbert wohl in jedem guten Deutschen erweckt, und trotz des Gefühls, daß uns hier die Abhängigkeit Deutschlands von fremden Mächten mit einer in den letzten Jahren verhältnismäßig selten erlebten Schärfe vor Augen geführt wird, kann man die große Ausdrucksweise zwischen dem Reparationsagenten und der Reichsregierung in gewissem Sinne doch als den Versuch zu der überaus notwendigen Klärung unserer Finanz- und Wirtschaftsverhältnisse begrüßen.“ (Deutsche Tageszeitung vom 6. November 1927.)

Wo bleibt der die Peitsche apportierende Hund, wo die Sklavenketten und das Ende mit Schrecken? Deutschnationales Nationalgefühl ist wie ein Lautsprecher, der nach Bedarf laut und leise gedreht wird.

Was sie wirklich wollen, das bleibt sich immer gleich: „Es genügt aber nicht, der Regierung Vorwürfe zu machen; das ganze deutsche Volk ist schuld, daß es soweit kommen mußte. Aus dem arbeitsamen und fleißigen deutschen Volk ist durch die Löhne ein Volk geworden, das bei möglichst geringer Arbeit möglichst viel verdienen will, um dieses leicht verdiente Geld leichtsinnig ausgeben zu können.“

Es wird auch höchste Zeit, daß man von der Ueberspannung der Sozialpolitik endlich abrückt und diese krankhafte Selbsterlöschung stoppt. Uebertriebene Sozialpolitik fördert die Auslese des Mittel-

Die Indianer kehren zu ihren alten Göttern zurück. Die Indianer der Stommesgemeinschaft der „Sechs Nationen“ sind in aller Form zu ihrer alten Religion zurückgekehrt und haben sich offiziell von Kreuz und Christentum abgewandt. Diese Antändigung erfolgte durch die Abgesandten eines jeden der Stämme, die kürzlich eine Reise von Couchichewabaw zu einer zweitägigen Sitzung veranlaßt waren. Am Schluß wurde eine religiöse Zeremonie abgehalten, zu Ruhm und Preis der Götter, Manitou und all der anderen indianischen Gottheiten, deren Namen man in Dongellows „Song of Hiawatha“ nachlesen kann. „Der weiße Mann hat uns nichts weiter als den Teufel gebracht“, erklärte einer der Delegierten einen Berichterstatter. „Er hat uns unsere Freiheit, unserer Rechte und unserer Selbstständigkeit beraubt. Was er uns dafür brachte, ist nicht der Rede wert. Wir wollen von seiner Religion nichts wissen, verlangen vielmehr, daß unser Indianer Volk seine eigene Religion und seine eigenen Götter behält.“ Die Häuptlinge verließen auf der Verammlung laute Botschaften in der Indianersprache, denen die Menge gespannt lauschte. Während der Verlesung verfiel die Frau eines Häuptlings in Trance und murmelte seltsame und unzusammenhängende Worte. Viele Frauen weinten und schluchzten laut, während die Delegierten versicherten, daß der große Geist durch das Medium der Häuptlingsfrau zu seinem Volke spreche, und die Wohnung an sie richte, zu ihren alten Göttern zurückzukehren. Die Stämme, die auf der Verammlung vertreten waren, waren die Mohawk, Mohont-Iroquois, Oneida, Onondago, Cayuga, Senecas und die Tuscaroras-Indianer. Aber auch die in den westlich von New York gelegenen Staaten und in verschiedenen kanadischen Gebieten lebenden Stämme waren durch ihre Häuptlinge vertreten, von denen eine Anzahl sich weigerte, den Berichterstatter ihren Namen zu nennen.

Die Arbeitspläne Rudolfs von Laban in Berlin. Das Choreographische Institut Laban wird nach seiner jetzt erfolgten Ueberführung von Würzburg nach Berlin seine Arbeit auf der Grundlage des früheren Programms weiterführen, mit dem Ziel des Aufbaus einer neuen Tanzästhetik und Tanzlehre. Es umfaßt zwei Abteilungen: der wissenschaftlichen Abteilung, die sich mit der Erforschung der choreologischen Gesetze, dem Ausbau der Tanzschrift und dem Aufschreiben aller und neuer Tanzwerte beschäftigt, sind Ausbildungsstellen für Tanzschreiber und Choreologen angeschlossen. Die praktische Abteilung umfaßt Ausbildungsstellen für Tänzer und Bewegungslehrer. Ferner ist das Institut der Heim der „Tanzbühne Laban“. In der Leitung stehen Rudolf von Laban zur Seite Duffa Beresko, Ruth Loescher und Gertrud Snel.

Kunstchronik. Die Galerie Matthiesen veranstaltet eine umfassende Ausstellung von Werken Edward Munchs, deren Eröffnung für den 1. Februar 1928 in ihren Räumen vorgesehen ist. Die Ausstellung wird die sich in deutschen Museen und Privatsammlungen befindenden Werke des Meisters vereinen und aus französischen Museen und privaten Sammlungen wesentliche Bereicherungen einbringen.

Friedrich MSH liest im Saal der Reichlichen Hochschule für Dramatische Kunst, Berlin W. 15, Pafonenstr. 38, Mittwoch 8 Uhr, Gesichten von Hans Frank.

Frank Hertz hält den letzten seiner Berliner Vorträge heute abend 8 Uhr im Bühnencafé über das Thema: „Frank Hertz über Frank Hertz“.

Für den deutschen Einheitsstaat!

Entschließung des Republikanischen Reichsbundes.

Unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Dr. Luppe-Nürnberg fand am Sonntag in Berlin eine stark besuchte Reichskonferenz des Deutschen Republikanischen Reichsbundes statt. Der Vorsitzende Oberbürgermeister Dr. Luppe hob in einer Einleitungsansprache hervor, daß durch die Reichsführertagung des Republikanischen Reichsbundes über den Einheitsstaat eine wichtige und wirkungsvolle Arbeit für die Republik geleistet worden sei. Er wies besonders auf die Verhandlungen des Deutschen Städtetages und die Resolutionen großer Wirtschaftverbände hin, die bewiesen, wie stark die Notwendigkeit der Vereinheitlichung des Verwaltungswesens schon allgemein anerkannt werde.

Der Reichsgeschäftsführer, Bürgermeister a. D. Häßlein, erstattete den Bericht über Organisationsfragen, die sich aus der Ueberführung der Reichsgeschäftsstelle aus Frankfurt a. M. nach Berlin ergeben haben. Die Arbeit für die geistige Vertiefung des Weltanschauungs Gedankens müsse der Republikanische Reichsbund fortsetzen und noch erweitern. Der Republikanische Reichsbund sei seit der letzten Reichskonferenz sowohl an Ortsgruppen als an Mitgliedern gewachsen.

Zum Schluß einer eingehenden Aussprache wurde einstimmig folgende Resolution angenommen:

„Die Reichskonferenz des Deutschen Republikanischen Reichsbundes begrüßt den großen Fortschritt, den der Gedanke des Einheitsstaates seit der im vorigen Jahre abgehaltenen

Reichstagung des Deutschen Republikanischen Reichsbundes genommen hat. Die Entwicklung der Verhältnisse hat auch weiterhin bewiesen, daß nur die Beseitigung der Ueberorganisation der Verwaltung eine Befreiung von vielfacher Steuerlast sowie die Verwendung von Staatsgeldern im sparlichsten und wirtschaftlich am meisten nutzbringenden Sinne verspricht.“

Den von den Gegnern der Republik vielfach geübten gesellschaftlichen Boykott wollen wir durch den Zusammenschluß der Republikaner allerorts entgegenwirken.

Von der Beamenschaft erwarten wir wegen ihrer besonders verantwortungsvollen Verbindung mit der deutschen Republik und ihrer Verfassung ein rückhaltloses und offenes Eintreten für den Staat. Staatsdiener sind nur verfassungstreu und der Republik ergebenen Männern und Frauen anzuvertrauen.

Von Reichsregierung, Reichsrat und Parteien fordern wir die baldige Festlegung des Verfassungstages als Nationalfeiertag. Die Reichskonferenz begrüßt zur Flaggenjagd den Vorschlag der Vereinigung Republikanischer Presse und fordert, daß überall unsere Flagge Schwarzrotgold als Hoheitszeichen gezeigt wird.

Die kommenden Wahlen erfordern stärkste Aktivität und Zusammenschluß aller republikanischen Organisationen, Männer und Frauen in Stadt und Land, um eine wahrhaft republikanische, den sozialen deutschen Volksstaat ernst behandelnde Volksvertretung zu schaffen.“

mäßigen und scheint uns kein Zeichen eines wieder gesunden Volkes zu sein. Schluß mit diesen Dingen“

(„Hamburger Nachrichten“ vom 6. November.)

Auch der produktive Charakter der deutschen Sozialpolitik wird von der Regierung, in Verantwortung der Ausstellungen des Reparationsagenten an der Höhe der sozialen Belastung, sehr stark unterstrichen. In der Tat besteht ja auch gerade in Deutschland über den produktiven Wert einer vernünftigen Sozialpolitik kaum Meinungsverschiedenheit; wohl aber über die Mittel und die Grenzen, deren Berücksichtigung eine tatsächlich zur Stärkung, nicht aber zur Schwächung der Produktion führende Sozialpolitik erfordert.“

(„Deutsche Tageszeitung“ vom 6. November.)

Die „nationale Bewegung“ von 1924 war Demagogie, die die Deutschnationalen zur Macht bringen sollte. Heute sind sie in der Macht. Der Brief des Reparationsagenten ist für sie nicht ein Gegenstand leidenschaftlichen Protestes, sondern eine Gelegenheit zur Bedrückung des deutschen arbeitenden Volkes: Schluß mit der Sozialpolitik!

Das Echo im Ausland.

Wie zu erwarten war, hat der Notenwechsel Gilbert-Röhler im Ausland, vor allem in England, Frankreich und Amerika, starken Widerhall gefunden. Das Gilbertsche Dokument wird sehr ausführlich, z. T. sogar wörtlich wiedergegeben, die Röhlersche Antwort meist nur in kurzen Auszügen. Die „Times“ halten die Kritiken des Reparationsagenten für berechtigt, die Antwort des Reichsfinanzministers hingegen für wenig überzeugend.

Die Pariser Presse erklärt fast einmütig die Note Gilberts für eine „heißsame Warnung“. Die Linkspresse meint, die Debatte werde weitergehen und das große Problem der Durchführbarkeit des Dames-Plans früher oder später wieder auftauchen, zumal in Verbindung mit der Frage der interalliierten Schulden.

Amerikanische Pressestimmen liegen noch nicht vor, weil bisher nur die Sonntagsblätter die Dokumente veröffentlichten konnten. Aus den Ueberschriften geht allerdings die Tendenz hervor, sich mit den Kritiken des Reparationsagenten zu solidarisieren, während Röhlers Gegenargumente kaum Beachtung finden.

Die Börse ist besorgt!

In Bontkreisen versuchte man, an der heutigen Börse zwar offensichtlich die politische Situation als erklärt hinzustellen, doch vermies die Börse auf das ungünstige Welt Echo wegen der deutschen Antwort. Man ist daher außerordentlich zurückhaltend, die Geschäftstätigkeit ist gleich Null. Das durch einige Zwangsverkäufe herauskommende Effektenmaterial genügt, um empfindlich auf die Kurse zu drücken. Hinzu kommt, daß besonders günstige Anregungen aus der Wirtschaft auch nicht vorliegen, vielmehr ist die immer breiter werdende Distussion über die Lage des Stahltruffs geeignet, weitere Kreise kopfscheu und nervös zu machen.

Sozialdemokratie und Sowjetjubiläum

Eine Rede Otto Bauers.

Wien, 7. November.

In einer der beiden Volksversammlungen, die die Sozialdemokratische Partei mit der Tagesordnung „Zehn Jahre Sowjetrußland“ einberufen hatte, sprach Abg. Dr. Otto Bauer. Er führte aus, es sei für die Sozialdemokratie in West- und Mitteleuropa nicht leicht, die russische Revolution richtig zu würdigen und den richtigen Standpunkt einzunehmen, und zwar deshalb, weil die russische Revolution zu Spaltungen der Arbeiterbewegung in mehreren Ländern geführt habe. Wenn Teile der Arbeiterklasse fragten, warum das, was in Rußland möglich gewesen sei, anderswo nicht gehen sollte, so hätten sie nicht verstanden, was in Rußland vorgegangen sei. In Rußland, so sagte der Redner, ist die Bauernschaft mit der Arbeiterklasse verbunden. Hier ist sie eine Stütze der Bourgeoisie. Das ist ein Unterschied, der die Tatsache derjenigen illustriert, die meinen, daß man das kopieren könne, was in Rußland geschehen ist. Der Redner wandte sich dann gegen den in Rußland herrschenden Terror und gegen die Gewaltmaßnahmen der Diktatoren und erklärte, daß dieses System eine Verständigung besonders erschwere. Es liegt etwas Tragisches darin, sagte der Redner, daß wir Vorbehalte machen müssen und heute bei dem Fest in Moskau nicht dabei sein können. Es liegt etwas Tragisches in dem Verhältnis zwischen der sozialistischen Internationale und der russischen Revolution. Wir können, wollen und müssen daran arbeiten, daß dieses tragische Verhältnis überwunden wird. Wir werden daran arbeiten müssen, daß die europäische Arbeiterklasse bei aller Erkenntnis, daß sie nicht russischen Methoden übernehmen kann, doch verstehe, welche gewaltiger Besitz des Proletariats die Tatsache ist, daß sich die Sowjetrepublik zehn Jahre halten konnte. Wir haben die Aufgabe, die Sowjetrepublik gegen jeden Ansturm des Kapitalismus zu verteidigen. Sicher ist, daß ein mal der Tag kommen wird, wo das russische Proletariat mit dem übrigen Proletariat ohne Vor-

behalte verbunden sein wird, wo beide Teile die Notwendigkeit erkennen, daß der eine einen anderen Weg gehen muß als der andere, aber beide vereint und mit gleichen Zielen.

Die Feier in Moskau.

Moskau, 7. November.

Die Feier des Zehnjahrestages der Oktoberrevolution begann mit einer Festigung der Moskauer Sowjets unter Teilnahme der Regierungsmitglieder und ausländischen Delegationen in dem festlich geschmückten Großen Theater. Unter den Ehrengästen sah man große Teilnehmer der Pariser Kommune. Ansprachen hielten namens der Kommunistischen Partei Budarin, namens der ausländischen Delegationen Henri Barbusse, ferner Sakajawa, Kiara Jettin, Ballant-Couturier u. a. Besondere Beifallstundungen löste die Rede des 82-jährigen Anton Gax, eines Pariser Kommunisten von 1871, aus, der Evlioden aus diesem Kampfe schilderte.

Die Amnestie.

Moskau, 7. November.

Krylenko, der erste Gehilfe des Staatsanwalts der Republik, erklärte in einer Uebersetzung, daß die Ausnahme, welche formell für aktive Mitglieder politischer Parteien gemacht wird, die den Sturz der Sowjetordnung antreiben, in der Praxis kaum jemand treffen werde. Im Sowjetismus sei die letzte Instanz, die ein Todesurteil bestätigt, das Präsidium des Zentralerlöschungskomitees der Sowjetunion. Es sei kaum anzunehmen, daß diese höchste Instanz in solchem Falle von ihrem Begnadigungsrecht nicht Gebrauch machen würde.

Tirpitz und die Freiheit.

Doch die Völkchen hielten stand...

Aus Stockholm berichtet die TL über die Generalsversammlung der dortigen deutsch-schwedischen Vereinigung, die in Gegenwart des Gesandten v. Rosenbergs stattfand. Als Festredner hatte man sich v. Tirpitz verschrieben. Dieser prägte u. a. — laut TL den Satz:

„Zu dem Deutschland aufgezwungenen Weltkrieg habe Deutschland für die Freiheit Europas gekämpft.“

Man kann dem Architekten des Stockholmer Grandhotels, wo diese Versammlung stattfand, nur zu der Solidität seines Baues gratulieren. Denn dieser Satz bedeutet fast eine Rekordleistung des berühmten „Balkenlegers“. Daß die Entente für die Freiheit Europas gekämpft, wie sie behauptete, haben wir nie geglaubt, denn der Friedensvertrag hat zwar manchen Volksteilen die Freiheit gebracht, die sie nur durch eine Niederlage der Zentralmächte erlangten konnten, aber anderen Volksteilen wiederum eine Unfreiheit, die dem verkündeten Grundgesetz des Selbstbestimmungsrechts der Völker hohn spricht. Aber Deutschland, das wihelminische Deutschland? Wenn Freiheit erstrebte es im Weltkrieg? Etwa die Freiheit Belgiens, die die Herzesleitung annekterien wollte, namentlich die Tirpitzaner wegen der „unentbehrlichen“ Handrücken Rüste? Oder die Freiheit der Polen, die man restlos annekterien wollte — man wußte nur nicht, an wen, ob an Oesterreich oder Preußen? Oder die Freiheit der Tschechen, der Slowenen usw.? Oder auch nur die Freiheit des eigenen Volkes, dem man in führenden Bundesstaat Preußen die elementarsten Bürgerrechte vorenthielt?

So etwas kann man nur schwarzweißen Auslandsdeutschen sowie schwedischen Konservativen erzählen, die bekanntlich die rabiatesten Ueberschichten in ihren Reihen zählen.

Ein schwimmender Sarg.

Prinzipessa Masalda und Sowjetmacht.

Die „Rote Fahne“ feiert das Jubiläum der Sowjetmacht mit einer symbolischen Zeichnung. Ein holzes Schiff durchschneidet in großer Fahrt die Wogen des Ozeans. Messerschiff steigt der Bug steil auf, Hammer und Sichel wehen vom Vordersteven, der die Inschrift trägt: 10 Jahre Sowjetmacht.

Ein symbolisches Schiff, aber ein glückliches Schiff? Schiffe, seien sie auch noch so stolz und mächtig, können auf Eisberge, auf Felsen stoßen, sie können unverhofft verrotten sein — wie die „Prinzipessa Masalda“.

„Prinzipessa Masalda“: ein überaltetes, verrottetes Schiff, das kapitalistische Profitgier auf seine letzte Reise schickte. „Die Prinzipessa Masalda“ war ein schwimmender Sarg — so sagte die „Rote Fahne“.

Hunderter von armen Leuten, von Arbeitern sind in die Katastrophe dieses Schiffes gerissen worden und untergegangen.

Ist es Zufall oder Absicht? Das symbolische Schiff der „Roten Fahne“ ist eine bis in die Einzelheiten treue Wiedergabe einer unserer Lesern bekannten Photographie der „Masalda“.

Die „Rote Fahne“ hat auf den Bug eines Wracks, eines schwimmenden Sarges die Worte geschrieben: Zehn Jahre Sowjetmacht!

Der Ausschuss des IOB. in London.

London, 7. November. (Eigenbericht.)

Am kommenden Dienstag tritt in London der Bundesausschuss des Internationalen Gewerkschaftsbundes zusammen, um in einer Reihe von wichtigen Fragen, wie die Frage des Vorstehenden des IOB, der Personfrage des Generalsekretärs, der Bestimmung des Sitzes des Gewerkschaftsbundes usw. Entscheidungen zu treffen. Der Generalsekretär der britischen Gewerkschaften wird aus diesen Gründen am Montag eine außerordentliche Sitzung abhalten, um ein Memorandum zu beraten, das ihm von seinem Internationalen Komitee vorgelegt worden ist und hinsichtlich der Lösung der kritischen Frage der Person des Vorstehenden des IOB, über welche es auf dem Pariser Internationalen Kongress zu Meinungsverschiedenheiten zwischen den kontinentalen und britischen Gewerkschaften gekommen ist, Vorschläge zu machen.

Die Sitze der neuen Landesarbeitsämter.

Als Sitz für die neuen Landesarbeitsämter wurden folgende Städte bestimmt: 1. Königsberg für das Landesarbeitsamt Ostpreußen; 2. Breslau für Schlesien; 3. Berlin für Brandenburg; 4. Stettin für Pommern; 5. Hamburg für Nordmark; 6. Hannover für Niedersachsen; 7. Dortmund für Westfalen; 8. Köln für das Rheinland; 9. Frankfurt a. M. für Hessen; 10. Erfurt für Mitteldeutschland; 11. Stuttgart für Südwestdeutschland; 12. München für Bayern; 13. Dresden für das Landesarbeitsamt Sachsen.

Gewerkschaftliche Taktik.

Um die „Opposition“ bei den Straßenbahnern.

Der Verkehrsband hatte zu Mittwochabend nach den Sophienfäden eine Versammlung aller in den Verkehrsbetrieben Beschäftigten einberufen, soweit sie im Deutschen Verkehrsband organisiert sind. Zweck der Versammlung war, die letzten Kartellarbeitsbewegungen, hauptsächlich die der Straßenbahner, einmal kritisch zu betrachten. Der Bevollmächtigte, Genosse Drimann, unterwarf in seinem Referat, ob die Form der Organisation und den Funktionen während und nach der Bewegung gemacht wurden, herabgesetzt waren oder nicht. So hat man daran Kritik geübt, daß die Organisation die Bewegung der Straßenbahner auf die Spitze getrieben und dann abgebrochen habe, anstatt den Kampf aufzunehmen.

Die Organisation war und ist noch heute der Auffassung, daß es richtig ist, eine Bewegung zu beenden, wenn man annehmen muß, daß durch einen operativen Streik nicht wesentlich mehr erreicht werden kann als durch Verhandlungen oder Schiedssprüche erreicht worden ist. Nicht zuletzt mußte für diese Taktik aber auch das leider noch sehr schlechte Organisationsverhältnis der Straßenbahner den Ausschlag geben.

Die Organisation wird es sich auch noch überlegen, ob sie bei einer neuen Bewegung den Unorganisierten solche Rechte einzuräumen wird, wie sie es diesmal getan hat. Sie wird wahrscheinlich in Zukunft Bewegungen nur mit den Organisierten führen und nur diese an Abstimmungen teilnehmen lassen, wie es in den anderen Organisationen auch üblich ist. Die Erfahrung hat gelehrt, daß die Unorganisierten nach jeder Bewegung am meisten über die Organisation schimpfen, um weiter ihre Beiträge „sparen“ zu können, ganz gleich, mit welchem Erfolg die Bewegung beendet wurde.

Die größten Vorurteile werden den Führern der Bewegung aber deswegen gemacht, weil sie die Verbindlichkeitsklärung des letzten Schiedsspruches nicht durch die Proklamierung des Streiks zuvorgekommen seien. Fest steht, daß wenige Stunden nach Ausbruch des Streiks die Verbindlichkeitsklärung erfolgt wäre. Wie dann die Bewegung beendet worden wäre, wenn von ihrer Führung die Organisationen ausgeschaltet worden wären, wenn sie eventuell entgegen ihrer Überzeugung ihre Mitglieder zur Wiederaufnahme der Arbeit aufzufordern müßten, ist leicht vorzuzusehen. Die besten und tüchtigsten Funktionäre und Mitglieder wären auf der Strecke geblieben und die jetzt wieder im Aufstieg begriffene gewerkschaftliche Straßenbahnerbewegung auf Jahre zurückgeworfen worden. Soweit darf es eine verantwortungsbewusste Organisationsleitung nicht kommen lassen.

Wenn weiter behauptet wird, daß die Bewegung der Straßenbahner mit „einem Fiasko“ beendet worden sei, dann brauche man nur den früheren Kartellstreik mit dem jetzigen zu vergleichen, um feststellen zu können, daß zwei Drittel der aufgestellten Forderungen durchgesetzt worden sind. Es sei unklug, überall auszusprechen, daß die Organisation nichts taue. Die Agitation unter den Unorganisierten werde dadurch nur erschwert. Wenn die Organisation wirklich nichts taugen würde, hätte sie wohl kaum im 3. Quartal in Berlin 4500 neue Mitglieder und im Monat Oktober rund 2000 Mitglieder gewonnen.

Es müßte weiterhin die Aufgabe der organisierten Verkehrsarbeiter sein, an der Besserung des Organisationsverhältnisses mitzuwirken, damit die nächsten Bewegungen mit noch größerem Erfolge beendet werden können.

In der Diskussion, die leider nicht immer sachlich war, wurde von den sogenannten „Oppositionellen“ versucht, die Taktik der Organisation als verwerflich hinzustellen. So versuchte besonders der Kommunist Peter den brüchigen Faden der „Roten Fahne“ weiterzuspinnen und das Schlichtungsverfahren und besonders den „sozialdemokratischen“ Schlichter Wiffel und die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer in Grund und Boden zu verdammen.

Genosse Drimann wies in seinem Schlusswort diese Angriffe treffend zurück. Ein gegen die Sektionsleitung eingereicherter Mißtrauensantrag wurde mit großer Mehrheit abgelehnt.

„Der Lehrling braucht keinen Tariflohn.“

Eine Gegenäußerung des Deutschen Handwerks- und Gewerbetagungsamtes.

Die in der Abendausgabe des „Vorwärts“ vom 23. Oktober mit vorliegender Ueberschrift gebrachten Mitteilungen über die in einem vertraulichen Rundschreiben des Handwerks- und Gewerbetagungsamtes ausgesprochenen Absichten, geben diesem Veranlassung zu einer längeren Zuschrift an uns. Wesentlich darin ist die Erklärung, daß das besprochene Rundschreiben am 22. September tatsächlich herausgeschickt wurde und daß wir den Inhalt des Rundschreibens richtig wiedergegeben haben. Die von uns angefügten kritischen Ausführungen werden jedoch als „schäblich nicht gerechtfertigt“ bezeichnet, welche Behauptung auf vier Schreibmaschinenseiten zu beweisen verucht wird.

Es ist uns unmöglich, die gegnerischen Ausführungen wörtlich wiederzugeben oder auch nur auf alle darin aufgeworfenen Fragen hier einzugehen. Wir müssen uns auf folgendes beschränken:

Die Zuschrift erklärt es als eine tendenziöse Auslegung des Rundschreibens, wenn wir behaupteten, die Handwerkskammern sollten nach unserem Willen (dem Willen des Handwerkskammertages) ausdrücklich für den Zweck der Klage untertarifliche Lehrlingsentschädigungen festlegen. Es ist gesagt, daß ein Streitfall zur Entscheidung kommen müßte in einem Kammerbezirk, in dem die Lehrlingsentschädigung von der des Tarifvertrages abweichend geregelt wäre.

Glaubt etwa der Handwerkskammertag, daß solche abweichende Regelung über die Tariflöhne hinausgehen wird und daß dann der Lehrling wegen des zuviel erhaltenen Lohnes die Klage erhebt? An eine solche Möglichkeit haben wir allerdings nicht gedacht und glauben auch jetzt noch nicht an sie. Nebenbei, wir haben von einer „untertariflichen Lehrlingsentschädigung“ überhaupt nicht gesprochen. Wir stellen nur fest, daß eine „vom Tarifvertrag abweichende Regelung des Lohnes“ durch eine Kammer erfolgen soll.

Diese „abweichende Regelung“ durch die Kammern soll erst erfolgen, sie ist also noch nicht geschehen. „Zunächst muß die Handwerks- oder Gewerbetammer als solche, nicht die Innung die Lehrlingsentschädigung festlegen“, heißt es in dem angezogenen Rundschreiben. Man will also die Voraussetzungen für den Streitfall erst schaffen, sagt aber in der Zuschrift, es handelt sich „keineswegs um einen künstlich herbeigeführten Streitfall“. Man kann über den postulierten Streitfall für diese Absicht natürlich verschiedener Meinung sein, wir glauben aber, uns noch sehr gelinde ausgebrückt zu haben, als wir vom „künstlich erzeugten Streitfall“ sprachen.

In längeren Ausführungen wird dann der Vorwurf zurückgewiesen, die beteiligten Arbeitgeberverbände verhielten sich insonderheit gegenüber dem abgeschlossenen Tarifvertrag. Der Innungsverband deutscher Baugewerksmeister sei von vornherein gegen die Aufnahme von Lehrlingsvorschriften in den Tarifvertrag gewesen und außerdem sei der Vorsitzende des Innungsverbandes nicht mit dem des Arbeitgeberverbandes identisch. Auch hier werden wieder offene Türen eingerannt; wir haben gesagt: „Dieselben Personen, die in ihrer privaten Arbeitgebervereinigung das im Tarifvertrag niedergelegte Recht mit geschaffen haben, kommen in ihren öffentlich-rechtlichen Vereinigungen zusammen, um das eben Geschaffene wieder zu befestigen.“

Der Handwerkskammertag wird nicht bestreiten können, daß die überwiegende Zahl der Mitglieder des Innungsverbandes deutscher Baugewerksmeister gleichzeitig Mitglieder im Arbeitgeberverband sind. Ferner hat er in seinem Rundschreiben betont, daß ein Mitglied dieses Arbeitgeberverbandes, also ein Mitglied des Tarifkontrahenten, verantwortlich werden soll, die vom Tarifvertrag abweichende Regelung (z. B. Entlohnung) für die Lehrlinge durchzuführen, „weil die Arbeitgeberverbände ein besonderes Interesse daran hätten, die Rechtsstellung der ihnen angeschlossenen Mitglieder klarzustellen“.

Eine solche „Klarstellung“ ist möglich für eine Vertragspartei, die getroffene gültige Vereinbarungen auch wirklich einhalten will. Die in dem Rundschreiben ausgesprochenen Absichten stellen alles andere, nur keinen Akt loyalen Vertragserfüllung dar. Bemerkenswert ist hierzu, daß der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes, also der Tarifvertragspartei, gleichzeitig Vorsitzender der Innung der Baugewerksmeister in Hannover ist, also einer Gruppe der Organisation, die gegen den Tarifvertrag die Gerechtigkeit anrufen will.

Zusammenfassend können wir also nur erklären, daß die Zuschrift des Handwerks- und Gewerbetagungsamtes uns keine Veranlassung gibt, von unseren Ausführungen am 23. Oktober auch nur das geringste zurückzunehmen.

Tarifabschluß im Kraftdroschfengewerbe.

Wie erinnerlich, war im September für das Berliner Kraftdroschfengewerbe ein Schiedsspruch gefällt worden, der die bisherigen gleitenden Löhne unverändert bestehen lassen wollte und lediglich einen wöchentlichen Garantielohn von 36 Mark vor sah. Dieser Schiedsspruch war von den Kraftdroschfensfahrern wegen seiner völligen Unzulänglichkeit abgelehnt worden. Die Unternehmer hatten ihn jedoch angenommen und keine Verbindlichkeitsklärung beantragt, die aber vom Schlichter für Groß-Berlin abgelehnt wurde.

Schon bei den damaligen Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuss ließ der Vertreter des Verbandes der Kleinkraftdroschfensfahrer durchblicken, daß er zu einem Tarifabschluß zwischen seiner Organisation und dem Deutschen Verkehrsband bereit sei. Er erklärte, daß nach seiner Meinung eine Erhöhung der bestehenden gleitenden Tageslöhne und die Einführung eines wöchentlichen Garantielohnes von 42 Mark, wie ihn der Verkehrsband gefordert hatte, durchaus möglich sei. Infolge der Ablehnung der Verbindlichkeitsklärung war es zu einem tariflosen Zustand im Berliner Kraftdroschfengewerbe gekommen.

Rummehr ist es in wiederholten Verhandlungen mit dem Verband der Kleinkraftdroschfensfahrer gelungen, für die bei diesem Verband beschäftigten Fahrer, die zum größten Teil organisiert sind, einen Tarif abzuschließen, der wesentlich über den damaligen Schiedsspruch hinausgeht. Nach diesem Tarif erhalten die Fahrer zunächst 25 Proz. der Bruttoeinnahme, dazu noch einen je nach der täglichen Einnahme gestaffelten

Festlohn von 1,50 bis 2,50 Mark. Weiter wird den Fahrern für sechs gefahrene Schichten ein Garantielohn von 42 Mark gewährleistet. Fahrer, die noch nicht sechs Monate im Besitze eines Führerscheines sind, erhalten wöchentlich 36 Mark Mindestlohn garantiert.

Dieser Lohnabkommen gilt vom 2. November 1927 bis zum 31. März 1928 und kann von diesem Termin an mit vierwöchiger Frist zum Quartalschluß gekündigt werden.

Der Eisenbahnerkonflikt in der Tschechoslowakei.

Prag, 7. November.

Der Konflikt der tschechischen Eisenbahner mit dem Eisenbahnministerium scheint unmittelbar vor seiner Beilegung zu stehen. Aus dem Umstand, daß die für heute vorgesehene Veröffentlichung einer Erklärung des Eisenbahnerausschusses unterblieben ist, wird geschlossen, daß die Intervention der sozialistischen Eisenbahnerdelegierten beim Eisenbahnminister einen Erfolg gehabt hat, und daß die Grundlagen für die Beilegung geschaffen worden sind. Man nimmt allgemein an, daß es schon in den nächsten Stunden zu einem Kompromiß kommen wird.

Ausgehungen der Ortsgruppe Groß-Berlin des Zentralverbandes der Angestellten. Dienstag, den 8. November, 10 Uhr Charlottenburg: Hausbau, Märkischer Saal, Redner: Gulland, Hoch, M. d. R., Walter, Schabach, Gesele, im 3. Saal. Es wird mit der Charlottenburger Sängervereinigung „Hermann“ — Otto, Eichtenberg, Prof. Dr. des Odena, Frontfurt, Alie 48, Redner: Prof. Publin, Stadtorde, Otto Meier, M. d. R. Es wird mit der „Hannoversche Hoffmann“, Lichtenberg — Kaufmännische und Bureauangestellte! Beachtlich die Vereinstätigkeiten dieser Organisation.

Deutscher Baugewerksbund, Fachgruppe der Töpfer. Morgen, Dienstag, 6 Uhr, Mitgliederversammlung in den „Reibenscheffeln“, Landsberger Straße 22. Vortrag über das Arbeitslosenversicherungsproblem, Verbandsangelegenheiten. Die Fachgruppenleitung.

Wirtschaft

Der Güterverkehr der Reichsbahn.

In der Woche zum 22. Oktober ist die arbeitstägl. Wagenstellung der Reichsbahn auf 166 400 gegen 168 000 in der Vorwoche zurückgegangen.

Tabellarische Uebersicht seit September (in 1000 Stück)

Woche	wöchentlich	durchschnittlich pro Arbeitstag	1927	1926
27. 8.—3. 9.	918,4	824,6	153,1	137,4
4. 9.—10. 9.	925,0	824,3	154,7	137,4
11. 9.—17. 9.	947,8	842,2	158,0	140,4
18. 9.—24. 9.	931,3	848,1	158,6	141,4
25. 9.—1. 10.	960,0	859,3	160,0	143,2
2. 10.—8. 10.	962,8	880,3	160,5	146,7
9. 10.—15. 10.	1007,8	901,9	168,0	150,8
16. 10.—22. 10.	998,5	931,4	166,4	155,2

Damit ist seit vielen Wochen der erste kleine Rückgang im Güterverkehr der Reichsbahn zu verzeichnen. Die weitere Entwicklung wird abzuwarten sein.

Erhöhung der Fleischbeschaugebühren. Eine merkwürdige Begründung. Der preussische Landwirtschaftsminister hat die Fleischbeschaugebühren in den ländlichen Bezirken Preußens und den Außenbezirken Berlins wesentlich erhöht. Die in großer Zahl zu einer Protestkundgebung erschienenen Großschlächter machten zwar, nach ihrem Ernährungszustand zu schließen, durchaus nicht den Eindruck eines notleidenden Wirtschaftszweiges, aber wenn die Erhöhung der Reichsverbandes richtig ist, so muß das Vorgehen des preussischen Landwirtschaftsministeriums doch einige Verwunderung hervorrufen. Als Grund für die Erhöhung soll das Ministerium nämlich die Erhöhung der Beamtengehälter genannt haben. Wenn es sich hier auch nur um eine Kostenerhöhung von geringer allgemeiner Bedeutung handelt, so ist es doch recht merkwürdig, daß eine Staatsbehörde die Befolgungserhöhung zum Anlaß einer Preissteigerung nimmt. Wir haben keine Veranlassung, den Klagen der Großschlächter besonderes Gewicht beizulegen; da aber die Gebührenerhöhung den Großschlächtern zum Vorwand dienen kann, die Kosten der Erhöhung, womöglich noch mit einem ordentlichen Zuschlag, auf die Baden- und Konjumenten abzuwälzen, ist es im Interesse der Verbraucherschaft dringend zu wünschen, daß das preussische Landwirtschaftsministerium eine Erklärung seines Vorgehens gibt.

Die Zusammenziehung der Deutschen Bauernschaft. Die Deutsche Bauernschaft ist eine Organisation mit 15 angeschlossenen Verbänden, es sind 200 000 landwirtschaftliche Betriebe angegliedert. Die einzelnen Verbände sind folgende: der Schlesische Bauernbund, die Ostpreussische Bauernschaft, die Pommerische Bauernschaft, die Märkische Bauernschaft, die Mitteldeutsche Bauernschaft, der Hannoverische Kleinbauernbund, der Provinzialverband landwirtschaftlicher Klein- und Mittelbetriebe für Schleswig-Holstein, der Braunschweigische Bauernbund, der Verband der Kleinbauern und Pächter Anhalts, die Hessische Bauernschaft, der Westfälische Bauernbund, der Verband der Heuerleute, Vingen, der Kleinbauernbund Ostpreußen, die Oldenburgische Bauernschaft und der Bayerische Bauernbund.

Die Umsätze in der Bekleidungsindustrie bedeutend gestiegen. Der Reichsverband für Herren- und Knabenbekleidung hat in seiner Umfahstatistik für die ersten neun Monate des laufenden Jahres festgestellt, daß die Umsätze der berichtenden Firmen gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres um etwa 11 Proz. gestiegen sind. Im Monat September dieses Jahres liegt im Vergleich zum September 1926 eine Umsatzerhöhung sogar von 17,13 Proz. vor. Auch die Käuferzahl ist um 7,11 Proz. gewachsen.

Verantwortlich für Politik: Dr. Carl Geys; Wirtschaft: G. Klingelhöfer; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Revolution: A. S. Böcher; Solches und Sonstiges: Fritz Rothfuß; Anzeigen: H. Glöck; Familien in Berlin: Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Publikations- und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 2. Hierzu 1 Beilage.

Beweis für die Güte



der echten Emser Heilmittel ist auch die große Zahl von Nachahmungen, die schon versucht worden sind u. ständig versucht werden. Aber

Emser Wasser (Kränchen), Pastillen und Quellsalz

(aus den Staatlichen Betrieben) sind unerreicht in ihrer Heilwirkung gegen Katarrhe, Asthma, Husten, Heiserkeit, Verschleimung, Grippe und Grippefolgen, Magensäure (Sodbrennen), Zucker u. harnsaure Diathese. **Emssolth:** das Mundpflegemittel, verhindert Zahneinbildung.

Verlangen Sie stets ausdrücklich die echten Emser Erzeugnisse und achten Sie auf die Schutzmarke „Em“; nur das sichert Sie vor Fälschungen und Erwerb. Staatliche Bade- und Brunnendirektion.

Hauptniederlage für Emser Kränchen für Berlin und Brandenburg: Brunnenvetriebsaktiengesellschaft, Berlin SW, Yorkstr. 59, Telefon: Bergmann 3336—38.

Volksbühne
Theater am Bülowplatz, Th. am Schiffbauerdamm
8 Uhr
Peer Gynt
George Dandin.
Darin: Der gemütliche Kammerherr

Wintergarten
8 Uhr
Rauchen gestattet
Dagmar-Ballett m. B. Campos
Waldoff-Peukert: Beckenkamp.

CASINO-THEATER 8 Uhr
Die Paula vom Metropol.
Ausverkauf! Gutschein 1—4 Pers.
Fautouil nur 1,10 M., Sessel nur 1,60 M.
Renaissance-Theater
Steinplatz 90L. — Täglich 8 Uhr
Giovanni u. Annabella

Reichshallen-Theater
Antik 8 Uhr u. Sonntag nachm. 3 Uhr
Stettiner Sänger
Zum Schluss: Eine Hochzeit
in der Möllerstraße
Nachmittags: Halbe Preise, volles Programm.
Dönhoff-Brettli:
Varieté, Konzert, Tanz

Theater am Kottbuser Tor
Kottbuser Straße 6.
Täglich 8 U. u. Sonntag nachm. 3 U.
Elite-Sänger
im großen Novemberprogramm
Volkspreise von 30 Pf. bis 2,50 M.
Sonntag nachmittags:
Große Familien-Vorstellung
Volles Progr. Kl. Preise v. 40 Pf. b. 1,75 M.
Trianon-Th.
Tägl. 8 Uhr:
Erika Glässner
in:
Frau Präsidentin
Piscatorbühne
Theat. 2. Kallenderplatz
Kurfürst 2091/93
Letzte Woche!
8 Uhr:
Koppla, wir leben
von Ernst Toller
insz. Erwin Piscator
Residenz-Theater
Täglich 8 Uhr:
Gesamtspiel des Herrfeld-Theaters
Wer ist der Vater?
Rev. H. Schuder.

Benary-Bühne
Th. Königplatz, St. Bergm. 2110. 8 U.
Gustav III
von Strindberg.
insz. Viktor Burauz.
Komödienhaus
Norden 6304. 8 U.
Hokuspokus
Berliner Theater
Dönhoff 170. 8 U.
Der Geisterzug
Walthalla-Theat.
Täglich 8 1/2 Uhr:
Am Radesheimer Schloß steht eine Linde
Parkett statt 4 Mk.
tägl. auch Sonntag:
nur 60 Pf.
Thalia-Theater
8 Uhr
Der rote Hahn

KLEINE ANZEIGEN
In der Gesamtauflage des „Vorwärts“ sind besonders wirksam und trotzdem sehr billig!

Tragödie dreier Jugendlichen.

Gemeinsamer Selbstmord. — Politische Motive?

Die furchtbare Tragödie dreier Jugendlichen macht wieder von sich reden. Im Hause Grünauer Str. 29 in Köpenick haben drei junge Leute aus Gründen, die bisher nicht geklärt werden konnten, gemeinsam Selbstmord verübt.

Im Hause Grünauer Str. 29 wohnt im 4. Stock eine Witwe Haaf mit ihrem 25 Jahre alten Sohn Albert, der als Konstantarist bei der russischen Handelsdelegation in Berlin angestellt ist. Haaf war befreundet mit seinem kommunistischen Parteigenossen Willi Wuthe aus der Glienider Str. 26, einem Arbeiter von 24 Jahren, und dem 22jährigen Maurer Herbert Michling aus der Flemmingstr. 30 zu Köpenick.

Pflichtig hörten sie zwei Schüsse. Frau Haaf öffnete jetzt die Zimmertür und sah Wuthe vor dem einen Bett und ihren Sohn zwischen den beiden Betten auf dem Fußboden liegen.

Polizei und ein Arzt, die herbeigerufen wurden, und Frau Haaf verschafften sich Einsicht und fanden Michling quer vor der Tür liegen. Bei Wuthe konnte der Arzt nur noch den Tod feststellen, die beiden anderen wiesen nur noch schwache Lebenszeichen auf und wurden nach dem Köpenicker Krankenhaus gebracht.

Zur Klärung der rätselhaften Tragödie wurde auch die Mordkommission des Polizeipräsidiums alarmiert, und Kriminalrat Gennig, der Leiter der Mordinspektion, begab sich an den Tatort. Die Feststellungen hier ergaben, daß ohne Zweifel alle drei sich selbst durch Kopfnagelschüsse getötet bzw. zu töten versucht haben.

Die Angehörigen der drei jungen Selbstmörder wissen über die Ursachen, die zu dieser Tragödie geführt haben, nichts zu sagen. Michling hatte künstlerische Neigungen, seine Eltern, denen der Umgang mit kommunistischen Parteigenossen nicht gefiel, wollten ihn studieren lassen.

Die Angehörigen sind übereinstimmend der Meinung, daß politische Gründe die jungen Leute in den Tod getrieben haben. Nur Haaf besaß eine Braut, deren Eltern im Kammereich in Köpenick ein Laubenhäuschen besitzen.

Die Mieter wehren sich. Gefahr in Verzug! Vor dem Abbau des Mieterschutzes.

Zu einer großen öffentlichen Kundgebung im Konzerthaus Clou hatte der Verband Berlin des Reichsbundes Deutscher Mieter und der Gau Berlin des Bundes Deutscher Mietervereine, sich Dresden, gemeinsam mit dem A.D.B. und dem A.F.V.-Bund am Sonntag früh eingeladen.

Die Hauptvorträge wurden von Bundesvorsitzenden des Reichsbundes, Fritz Dzienl und dem Syndikus Rechtsanwalt Göhnel gehalten. Genosse Dzienl warnte eindringlich vor der Gleichgültigkeit, die sich in Mieterkreisen zeige.

Der zweite Referent, Dr. Gohel, wies darauf hin, daß nicht einmal der Reichsrat sich bereitgefunden habe, den von der Reichsregierung vorgeschlagenen Abbau der Mieterschutzgesetze zu billigen.

Der Kommunist Höllert, der keine Sprachgewalt frei strömen ließ, vergaloppierte sich so gründlich, daß es ihm fast die Sprache versickte. Als er noch einer Kennzeichnung der schauerlichsten Wohnverhältnisse in Hannover ausrief: „Und das passiert unter einem Reichspräsidenten Hindenburg“, da diente ihm schlagartig ein Zwischenruf: „Dr. Kommunisten habt ihn ja selber wählen helfen!“

Für die Sozialdemokratische Partei sprach sodann Landgerichtsrat Genosse Ruben. Er betonte das enge Zusammenarbeiten der Partei mit dem Reichsbund Deutscher Mieter. Auch die kommenden Kämpfe im Wohnungsausschuß des Reichstags wir die Sozialdemokratie auf ihrem Felde sehen, nämlich an der Spitze aller derer, die Mieterschutz zu schützen.

In einer einstimmig angenommenen Entschließung wird Einspruch gegen den Entwurf der Reichsregierung zum Mieterschutzgesetz erhoben.

Unsere Werbewoche. Ein erfreulicher Beginn am Sonntag.

Am gestrigen Sonntag hat die Werbewoche unserer Partei mit voller Kraft eingesetzt. Alle Veranstaltungen des gestrigen Tages haben gezeigt, daß wir auf einen schönen Erfolg dieser acht Kampftage rechnen können und daß die Partei sicher beträchtlichen neuen Zuwachs erhalten wird.

Trotz des unglücklichen Wetters war die Kundgebung im Freien, die gestern um 15 Uhr im Humboldthain an der Redebahn stattfand, außerordentlich gut besucht. Außer den drei städtischen Jügend, die unter Borantritt von Reichsbannerführer mit roten und schwarzroten Fahnen und mit Werbeplakaten für die Partei heranzog, waren auch zahlreiche Einzelpersonen erschienen, die hören wollten von dem, was die Sozialdemokratie erstrebt.

In Baumschulenweg im Saal des Lichtspielhauses in der Baumschulenstraße sprach Genosse Dr. Hilsferding. Seine wirtschaftspolitischen Ausführungen, sein Verstoß der sozialistischen Weltanschauung mit der heutigen Gesellschaftsform war überzeugend, auch für den Arbeiter, der die tiefen Zusammenhänge des Kampfes bisher wohl am eigenen Leibe gespürt hatte, aber noch nicht zu Erkenntnis seiner politischen Macht gekommen war.

Wieder zwei räuberische Ueberfälle.

Jugendliche Straßenräuber verübten in der Nacht zum Sonntag wieder an zwei Stellen Ueberfälle. Gegen 2 Uhr morgens wurde ein Ingenieur August H. aus Reinickendorf, als er durch die Vorhusstraße drängte, von mehreren jungen Burschen angefallen.

Schubpöbels herbeieilten, ergriffen die Burschen die Flucht und entliefen.

Auf einen Schneidemeister hatte es eine andere Rottie abgesehen, die scheinbar harmlos in einem Lokal in der Wendelsdorfstraße lag. Hier trank auch der Meister noch einen Schluck Schnaps und wollte dann gegen 3 Uhr früh den Heimweg antreten.

ihm die Attentate, die außer geistlicher Papieren auch das Portemonnaie des Meisters enthielt und rannien davon. Glücklicherweise gelang es, einen der Strolche, einen 27 Jahre alten Willi Berndt aus der Linienstraße, festzunehmen. Berndt gibt den Ueberfall zu und wurde der Kriminalpolizei eingeliefert. Diese wird ihn dem Untersuchungsrichter vorführen.

Mordversuch an einem Autoführer. War Scharfe der Täter?

Ein Revolveranschlag wurde in der Nacht zu Sonntag auf einen Kraftwagenführer verübt. Der 26 Jahre alte Chauffeur Alfred Hartmann hielt mit seiner Drohschke an dem Standplatz an der zweiten Heerstraßebrücke, als ihn gegen 21 Uhr ein junger Mann zu einer Fahrt nach Staaken annahm.

Etwa einen Kilometer von dem Orte entfernt, ließ der Fahrgast plötzlich halten, stieg aus und fragte den Führer, wieweil der Fahrpreis ausmache. Hartmann bezog sich nach der Uhr herüber, um abzulesen. In demselben Augenblick rief der Fahrgast einen Revolver aus der Tasche und gab auf den Chauffeur einen Schuß aus nächster Nähe ab, der Hartmann an der linken Halsseite traf.

Kurz vor Redaktionsschluß wird bekannt, daß es der Mordkommission gelungen ist, auch den zweiten Mann, den 22 Jahre alten Schmid, Artisten und Reisenden Otto Scharfe zu ermitteln und in einer Wohnung des Hauses Wolliner Straße 14 festzunehmen. Die Beamten mußten die Wohnung, in der er sich verborgen hielt, mit Gewalt aufbrechen.

Schweres Autounglück in Westend. Zwei Tote, ein Schwerverletzter.

Ein entsetzliches Autounglück ereignete sich am Sonntag vormittag an der Ecke der Bundes- und Bayern-Allee in Westend. Der 63jährige Pfarrer Armand Sünde Boulenger, der in der Linden-Allee 41 zu Westend wohnt, bestieg dort zusammen mit seiner 41jährigen Frau Elisabeth eine Kraftdroschke, um sich zur Vormittagspredigt nach der Kirche in der Lannenberg-Allee zu begeben.

Zusammenstöße mit Kommunisten. 15 Personen festgenommen.

Die Kommunisten feierten gestern das zehnjährige Bestehen der Sowjetunion mit einer Kundgebung im Lustgarten. Die Demonstranten versammelten sich in den einzelnen Bezirken und marschierten zum Lustgarten. Die Beteiligung an der Kundgebung war ersichtlich schwächer als bei früheren Aufmärschen.

